



# Kein Nährboden für rassistische Anfeindungen

**Mehrere Neonazi-Aufmärsche im August angekündigt/ LINKE: Flüchtlinge schützen!**

Nach einer sechswöchigen Pause scheint die extrem rechte Szene in Thüringen ihre Serie von ausländerfeindlichen Aufmärschen in der zweiten Augushälfte fortzusetzen. Anmeldungen liegen bereits für mehrere Städte vor, allein am 17. August sollen drei Neonazi-Demonstrationen in Thüringer Städten stattfinden.

„Dass die Neonazis am 17. August ausgerechnet nach Eisenberg und Suhl mobilisieren, wo die beiden Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge ansässig sind, zudem jetzt auch nach Erfurt, stellt einen Versuch dar, an die derzeitigen rassistischen Mobilisierungen anzuknüpfen und dort eine Drohkulisse zu erzeugen, wo vielfach traumatisierte Asylsuchende nach wochen- oder monatelanger Flucht gerade erst angekommen sind“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Abgeordnete weist darauf hin, dass am 17. August, dem Todestag von Rudolf Hess, Neonazis klassisch „Rudolf-Hess-Aufmärsche“ veranstalten und davon auszugehen ist, dass das Datum nicht nur bewusst gewählt wurde, sondern Thüringer Neonazis sich einen überregionalen Mobilisierungseffekt und Beteiligung weiterer Neonazi-Gruppierungen erhoffen.

Seit Jahresbeginn fanden bereits 21 Demonstrationen des Thüringer Pegida-Ablegers statt, der zunächst unter

dem Namen „Sügida“ und dann „Thügida“ auftrat, hinzu kamen weitere Aufmärsche neonazistischer Parteien und Kameradschaften.

Für die Veranstaltung in Suhl mobilisiert auch der bekannte Neonazi Tommy Frenck, der im Mai ein Rechtsrock-Konzert mit 1.500 Teilnehmern organisierte. Hinter dem Thüringer Pegida-Ableger stecken eindeutig Angehörige der Neonazi-Szene. Nur einen Monat nach dem geplanten Aufmarsch in Suhl sitzt die Sügida-Anmelderin auf der Anklagebank vor dem Amtsgericht Suhl und muss sich wegen Volksverhetzung verantworten, Verhandlungsbeginn 18.09.2015, 13 Uhr.

Eine weitere Neonazi-Demonstration ist für den 29. August durch den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Patrick Wieschke gegen eine vermeintliche „Asylflut“ in Eisenach angemeldet.

### Aufruf zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die Aufmärsche

Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, erklärte: „Die rassistischen Aufmärsche geschehen nicht im Namen der Zivilgesellschaft. Diese stellt sich gegen Neonazis, wenn Flüchtlinge bedroht oder rassistische Hetze und Lügen verbreitet werden und lässt sich in ihrem Engagement nicht einschüchtern. Unsere Solidarität mit Schutzsuchenden können Neonazis nicht verhindern.“ Gleichzeitig mahnte die Abgeordnete zur Sensibili-

tät in der Sprache: „Es ist schlimm genug, dass Rassismus Teil der Alltagskultur ist. Wenn jedoch einige Politiker sich einer Rhetorik bedienen, welche sich kaum von der von Rechtspopulisten unterscheidet, können diese durchaus als Stichwortgeber für den Hass auf der Straße und in sozialen Netzwerken fungieren und damit auch den Nährboden für rassistische Anfeindungen bereiten.“

Beide LINKE-Politikerinnen werben für zivilgesellschaftliches Engagement gegen die geplanten Aufmärsche und rufen dazu auf, die Flüchtlinge in den betroffenen Orten zu unterstützen.

### Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“ in Thüringen aktiv

Das ARD-Politmagazin Report Mainz berichtete am 5. August, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz nun auch vor der neonazistischen Partei „Der Dritte Weg“ und deren Agitation, Gewalttaten gegen Flüchtlinge zu befeuern, gewarnt hat. Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, hatte dazu erklärt:

„Immerhin scheint die Behörde nun auch Gefahren zu erkennen, vor denen antifaschistische und zivilgesellschaftliche Initiativen seit vielen Monaten warnen und über die sie publizierten, doch die Erkenntnis kommt leider reichlich spät.“

Fortsetzung Seite 10

## KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

### Zwangsverrentung

*Es ist eine Schande, dass es durch die Jobcenter so viele Zwangsverrentungen gibt, obwohl bereits im vergangenen Jahr das Sozialgericht in Dresden in einem Urteil festgestellt hat, dass es rechtswidrig sei, SGB-II-Bezieher zur vorzeitigen Beantragung der Altersrente aufzufordern, wenn zuvor die zu erwartende Rentenhöhe nicht ermittelt wurde.*

*Zwangsverrentung entsteht, wenn Jobcenter Arbeitslosengeld-II-Beziehende ab dem 63. Lebensjahr auffordern, einen Rentenantrag zu stellen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, kann das Jobcenter einen Rententrag stellen – auch gegen ihren Willen. Nur in Ausnahmefällen sind die Betroffenen nicht verpflichtet, die vorgezogene Altersrente in Anspruch zu nehmen.*

*Die genaue Anzahl ist derzeit nicht bekannt, da die Bundesregierung Zwangsverrentung statistisch nicht erfasst bzw. die Zahlen nicht veröffentlicht. Schätzungen gehen davon aus, dass 2014 rund 65.000 Menschen von einer Zwangsverrentung bedroht waren und die Zahl für 2015 noch höher liegt. Die erzwungene Frühverrentung bedeutet Abschläge auf die Rentenleistungen in Höhe von 0,3 Prozentpunkten im Monat und dies bis zum Lebensende. Die Renten werden auf Dauer bis zu 14,4 Prozent gekürzt, wenn die Rente erst ab 67 voll greift.*

*Seit Jahren hatte die LINKE gegen die Zwangsverrentungen protestiert, sich für eine Gesetzesänderung eingesetzt und entsprechende Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht. Auch der letzte Antrag Ende Juni scheiterte im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales an den Stimmen der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und SPD.*

*Die Abschaffung der skandalösen Zwangsrente ist längst überfällig. Es ist mir unverständlich, wie die SPD-Bundestagsabgeordneten einen solchen Antrag ablehnen können. Darüber wird auch in Thüringen zu reden sein. B90/DIE GRÜNEN haben den Forderungen der LINKEN zugestimmt.*

*Ich werde mich dafür einsetzen, dass meine Fraktion im nächsten Plenum nach der Sommerpause dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Betroffenen sollten nicht auf die Zwangsverrentung durch das Jobcenter warten, sondern bereits bei der Aufforderung, einen Rentenantrag zu stellen, in Widerspruch gehen.*

## AKTUELL

### Volle Unterstützung für Reform-Vorstellungen

„Ministerpräsident Bodo Ramelow hat mit seinen Vorstellungen zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform bei uns volle Unterstützung“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel. Wichtig sei mit Blick auf seinen Vorschlag, künftig acht statt 17 Landkreise zu bilden, insbesondere der Verweis auf den unmittelbaren Zusammenhang von Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform.

„Wir brauchen jetzt Entscheidungen darüber, welche Aufgaben künftig die Landkreise wahrnehmen sollen“, betonte der Abgeordnete. Das beinhaltet auch das von Bodo Ramelow angekündigte Infragestellen des dreistufigen Verwaltungsaufbaus in Thüringen. „Die Kritik der CDU an

den Vorschlägen von Bodo Ramelow ist rückwärtsgewandt und dokumentiert ihre Reformunwilligkeit“, so der Kommunalexperte.

Dass in Thüringen ein so riesiger Handlungsdruck bestehe, habe man jahrelanger CDU-Stillstandspolitik zu verdanken. So wurden „die Entscheidungskompetenzen von Kreistagen stark eingeschränkt und somit neutralisiert. Das ist kein Entfernungsproblem, sondern ein strukturelles. Deshalb muss die Rolle von Kreistagen deutlich erhöht werden, damit das Ausüben eines Kreistagsmandats wieder attraktiv wird. Wir laden die CDU ein, ihre Fehler der letzten Jahre gemeinsam mit uns zu korrigieren und sich aktiv an der Gestaltung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen zu beteiligen.“

Im Herbst soll es einen ersten Regierungsvorschlag geben. Bodo Ramelow hatte im dpa-Interview gesagt: „Der Sprung in eine moderne Verwaltung ist überfällig. Dazu gehört für mich, die bisherige dreistufige Struktur mit Landesbehörden, Landesverwaltungsamt, 17 Kreisverwaltungen und sechs kreisfreien Städten infrage zu stellen. Wir brauchen eine umfassende Modernisierung. (...) Thüringen ist im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern spät dran mit einer Gebietsreform – das kann auch die Chance sein, eine der bundesweit modernsten Verwaltungen zu schaffen. Mein Diskussionsbeitrag zur Gebietsreform ist die Zahl acht. Ich persönlich kann mir künftig acht statt 17 Kreise vorstellen. Derzeit haben wir vier regionale Planungsregionen.“

# Weitreichendes Reformmodell

MdL Knut Korschewsky in der Landtagsdebatte zum Abgeordnetengesetz und zur Diäten-Regelung

**Eine Plenardebatte zum Abgeordnetengesetz und zur Diäten-Regelung hatte es am 8. Juli im Landtag gegeben. Anlass war ein Gesetzentwurf, den die AfD vorgelegt hatte. Für die Linksfraktion ergriff der Abgeordnete Knut Korschewsky das Wort. Folgend Auszüge aus dem Redeprotokoll:**

Mit dem Gesetzentwurf beantragt die AfD-Fraktion die Abschaffung des Verfahrens der automatischen Diätenanpassung nach Artikel 54 Abs. 2 der Thüringer Verfassung. Gestrichen werden soll auch eine in ihrer Funktion mittlerweile überholte Bestimmung in Artikel 105 der Thüringer Verfassung für eine zeitlich begrenzte Aussetzung des Anpassungsmechanismus.

Mit diesem Änderungsgesetz versucht die AfD – ich sage hier ganz klar, wen wundert es schon –, ein weiteres populistisches, ergiebiges und öffentlichkeitsträchtiges Thema an Land zu ziehen. Um es gleich zu Anfang klarzulegen: Die Linke wird den Gesetzentwurf der AfD ablehnen, obwohl wir seit Jahrzehnten, also schon als PDS, die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung durchsetzen wollten.

Insofern ist der Gesetzentwurf eigentlich ein Plagiat von PDS- bzw. Linke-Initiativen der vergangenen Jahre. Dennoch wird die Linke-Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen, denn er ist populistisch und unterläuft weitgehende Reformvorhaben zur Modernisie-

rung des Abgeordnetenrechts. Er ist nicht nur deshalb populistisch, weil er von einer populistischen und rechtslastigen Partei kommt. Vielmehr versucht die AfD, eine Rosine für sich aus dem laufenden parlamentarischen Diskussionsprozess hier in diesem Haus herauszupicken, denn auch die AfD weiß, dass für den Herbst dieses Jahres geplant ist, im Thüringer Landtag interfraktionell über den Reformbedarf im Abgeordnetenrecht zu sprechen.

## Intransparentes Modell der Aufwandspauschalen

Die Linke-Fraktion hat dafür bereits entsprechende Themenfelder angemeldet, darunter auch die Frage der Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung. Allerdings gehen die Reformvorstellungen meiner Fraktion zum Abgeordnetenrecht noch erheblich weiter. So sollen im Übrigen auch die steuerfreien Aufwandspauschalen an Abgeordnete entfallen. Stattdessen sollen mandatsbedingte Aufwendungen beim Finanzamt als Werbungskosten geltend gemacht werden können.

Das bedeutet aber auch, dass die im AfD-Antrag ausgewiesenen Änderungen in § 6 des Abgeordnetengesetzes im Grundsatz ein Festhalten am intransparenten antiquierten Modell der Aufwandspauschalen bedeuten. Deshalb intransparent, weil die Pauschalen grundsätzlich vorab ohne Nachweispflicht der Notwendigkeit ausge-

reicht werden. Es bleibt nur die in der Praxis sporadische Prüfung der Mittelverwendung im Nachhinein durch den Rechnungshof. Deshalb die Forderung, zukünftig die mandatsbedingten Ausgaben als Werbungskosten beim Finanzamt anzumelden. Das entspricht funktional dem, was Selbstständige mit ihren betriebs- bzw. berufsbedingten Ausgaben schon jetzt machen müssen.

Gegen dieses Modell der Aufwandspauschalen hatten PDS und SPD im Jahr 2003 teilweise erfolgreich vor dem Thüringer Verfassungsgericht geklagt. Damals hatten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Funktionszulagen für stellvertretende Fraktionsvorsitzende, parlamentarische Geschäftsführer und Ausschussvorsitzende aus dem Thüringer Abgeordnetengesetz gestrichen werden müssen. Sie stellen eine verfassungswidrige finanzielle Hierarchiebildung dar. Die damalige CDU-Mehrheit meinte, die Funktionszulagen über die Hintertür der Aufwandspauschale wieder einführen zu können.

## Abgeordnete einbeziehen in die gesetzliche Rentenversicherung

Auf solche Selbstbedienungsversuche reagiert die Öffentlichkeit zu Recht generell allergisch, geht es doch um die Verwendung von Steuergeldern und knappen öffentlichen Mitteln. Daher sollen auch die Mittel für Abgeordnete transparent, zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt werden.

Zum Reformprojekt der Linken-Fraktion im Abgeordnetenrecht gehört aber auch die Einbeziehung der Abgeordneten in die selbst beitragsfinanzierte Alters- und Hinterbliebenenvorsorge, und dies soweit wie möglich unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung. Sollte die Eingliederung in die Rentenversicherung nicht direkt möglich sein, was durchaus nach unserer Ansicht möglich wäre, wäre auch eine Beteiligung an einem Versorgungswerk möglich. Diese Vorschläge sind keine linken Alleinstellungsideen, denn dieses weitergehende Reformmodell wurde schon in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, umgesetzt.

Die PDS bzw. Linke-Fraktion hatte zu diesem weitreichenden Reformmodell im Jahre 2006 einen Antrag eingebracht. Unter anderem beinhaltet dies die Hinzuziehung externer Sachverständiger im Reformprozess. Die Landtagsmehrheit lehnte 2006 diesen Reformantrag allerdings ab, obwohl andere Bundesländer schon an der Umsetzung solcher Reformschritte gearbeitet haben. An diesen umfassenden Themenfäden knüpft nun die Linke-Fraktion in der aktuellen Reformdiskussion in Thüringen wieder an. Meine Fraktion bzw. in vorhergehenden Wahlperioden die PDS-Fraktion haben sich immer gegen dieses Verfahren der automatischen Diätenanpassung ausgesprochen, haben die Abschaffung bzw.

Verfassungs- bzw. Gesetzesänderung versucht, so zum Beispiel in der 3. Wahlperiode. Aber auch per Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Weimar versuchte die PDS-Fraktion, die Abschaffung zu erreichen.

## Eine politische Entscheidung, Gesetzesänderung zu wählen

Die automatische Diätenanpassung – die sogenannte Indexierung – wurde im Urteil des Verfassungsgerichtshofs von 1998 als gerade noch verfassungsrechtlich zulässig erachtet, wenn die Datenbasis für die Einkommens- und Preisentwicklung nachgebessert würde. Allerdings wurde im gleichen Urteil die üppige Ausgestaltung der Altersvorsorge der Abgeordneten für verfassungswidrig erklärt.

Zwingend vorgeschrieben als Anpassungsmechanismus ist nach dem Urteil die Indexierung deshalb nicht. Vielmehr wird die Anpassung per Gesetz nach den Maßstäben des Demokratiegebots als transparenter eingeschätzt als eine Anpassung per Automatismus, über den nur bei seiner Einführung öffentlich diskutiert wird und dann in der Regel nicht mehr.

Es ist also eine politische Entscheidung, wie viel Transparenz bei der Ausgestaltung der Diäten man will. Die öffentliche Debatte und Novellierung gesetzlicher Vorschriften im Landtag – gegebenenfalls noch verbunden mit einer Anhörung, in der externer Sach- und Fachverstand eingeholt wird – ist die transparenteste Methode. Das sagt auch der Verfassungsgerichtshof. Dass andere Bundesländer mittlerweile auch die Indexlösung eingeführt haben, ändert an dieser Tatsache nichts und auch nicht, dass es eine politische Entscheidung ist, den klassischen Weg der Gesetzesänderung zur Festlegung der Diäten zu wählen.

## PDS-Fraktion hat nicht umsonst die „Alternative 54“ gegründet

Ich will nur einen Satz sagen: Die Fraktion der PDS hat nicht umsonst im Jahr 1995 die „Alternative 54 e.V.“ ins Leben gerufen, wohin wir zusätzliche Diäten spenden, die dann weitergegeben werden an Vereine und Verbände. Das sind mittlerweile über eine Million Euro, die an Vereine und Verbände ausgereicht wurden.

Die Forderung nach Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung ist für die PDS- bzw. Linke-Fraktion seit vielen Jahren Thema, aber eingebettet in weitergehende Reformen. Zum jetzigen Zeitpunkt kommt noch hinzu, dass zum Abgeordnetenrecht die interfraktionelle Reformdiskussion hier im Landtag eröffnet ist.

Beide Themenaspekte würden durch überreife populistische Rosinenpickerei Marke AfD beschädigt. Wir setzen darauf, dass im Thüringer Landtag das Reformprojekt gemeinsam umgesetzt wird und nicht – herausgehoben – dieses eine einzige Projekt. ■

## „Alternative 54“ förderte Antifa-Fahrt



Zur Unterstützung der 23. Antifa-Fahrt des „Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (TVVdN/BdA) zu Orten und Stätten des antifaschistischen Widerstandes in Italien hatte die Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, im Namen des Abgeordnetenvereins „Alternative 54 Erfurt e.V.“ einen Spendenscheck übergeben. Am Rande des Tags der offenen Tür im Thüringer Landtag wurde die Förderung an Elke Pudszuhn, Vorsitzende der TVVdN/BdA, überreicht. Die diesjährige Antifa-Fahrt (ein ausführlicher Bericht dazu in der letzten Ausgabe der UNZ) war den Menschen gewidmet, die den Widerstand gegen den italienischen und deutschen Faschismus 1943-1945 mit dem Leben bezahlen mussten. Unter anderem wurde während der Reise ein Denkmal auf der Passhöhe des Colle del Lys in der Region Piemont besucht, wo am 2. Juli 1944 auf grausame Weise antifaschistische Partisanen der Garibaldi-Brigade ermordet wurden.  
Foto: Peter Lahn ■



# Debatte angestoßen zu Gemeinde-Einnahmen

**MdL Frank Kuschel: Die Kommunen lassen hier Geld auf der Straße liegen**

**Insgesamt 120 Millionen Euro zusätzliche Einnahmepotenziale hat der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Frank Kuschel, für die Kommunen in Thüringen errechnet. Details stellte er kürzlich bei einem Pressegespräch im Landtag vor. Ziel der Überlegungen war es zum einen herauszufinden, wo die Potenziale erschöpft sind und zum anderen aber zu schauen, wo die Kommunen ihre Hausaufgaben besser machen könnten.**

„Die Kommunen weisen zu Recht auf ihre angespannte Finanzsituation hin. Wir müssen uns aber auch damit beschäftigen, wo Potenziale nicht ausreichend ausgeschöpft werden“, sagte der Kommunalexperte.

Das Haupteinnahmepotenzial besteht aus seiner Sicht in einer optimaleren Ausschöpfung der Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Erhebung der Gewerbesteuer. Der Großteil der Kommunen in Thüringen habe einen Hebesatz von deutlich unter 400 von Hundert. „Die Gemeinden im Land lassen hier Geld auf der Straße liegen“, betonte Frank Kuschel.

Eine Erhöhung dieses Hebesatzes auf 400 ist für den einkommenssteuerpflichtigen Einzelunternehmer und Personengesellschaften aufkommensneutral, da die Gewerbesteuerzahllast mit der Einkommenssteuer verrechnet wird. Eine Mehrbelastung trete erst bei einem Hebesatz von 695 ein.

Nach Frank Kuscheles Rechnung könnte das den Thüringer Kommunen 60 Millionen Euro zusätzlich in die klammen Kassen spülen. Durch effizienteres Arbeiten der Finanzämter sei bei der Erhebung der Grundsteuer B ein Gesamtpotenzial von 20 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen zu erzielen. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang auch das Einsetzen von kom-

munalen Steuerprüfern. In Duisburg, Krefeld oder auch Rostock seien solche bereits erfolgreich tätig. Im Durchschnitt könnten dadurch pro Steuerprüfer 365.000 Euro Steuern zusätzlich erhoben werden. Damit entstünden den Kommunen keine zusätzlichen Kosten.

Mehreinnahmen können zudem durch ein optimaleres Ausschöpfen der Einkommenssteuer, durch das Erheben einer kommunalen Stellplatzabgabe für gewerblich genutzte Fahrzeuge ab 1,7 Tonnen im öffentlichen Verkehrsraum, durch eine stärkere Beteili-

Frank Kuschel hatte zum Pressegespräch ein Papier vorgelegt, welche Bedeutung die Gewerbesteuer bei Standortentscheidungen hat. In einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) heißt es u.a.: „Die typische Wirkungskette einer Standortverlagerung beginnt häufig nicht bei der Steuer, aber endet bei ihr. Häufig ist der Anlass für eine Standortentscheidung die Betriebserweiterung. Findet sich kein günstiges Grundstück in der Nähe, wird in benachbarten Gemeinden gesucht. Hier wird dann ein Gesamtpaket bewertet: Grundstückspreise, mögliche Investitionsförderung, ggf. Tarifverträge und Genehmigungsverfahren. Fehlende Flächen für Betriebserweiterungen und Neuanordnungen sind also der Anfang, die Steuerbelastung aber ist das Ende.“

Neben den in der Studie genannten Faktoren geht es jedoch auch um Marktchancen, Arbeitskräftepotenziale, Verkehrsanbindung, technische Infrastruktur, örtliche Abgaben (Wasser, Abwasser, Abfall) oder weiche Standortfaktoren für Fachkräfte (Kitas, Schulen, Kultur). Erst danach kommt als Entscheidungskriterium die Höhe der örtlichen Realsteuern und Aufwands- und Verbrauchssteuern.

Es ist also keinesfalls zutreffend, dass die Höhe der Hebesätze bei der Gewerbesteuer vorrangig Standortentscheidungen beeinflussen. Die Hebesätze der Gewerbesteuer sind eines von vielen Entscheidungskriterien.



gung der Träger der Sparkassen an deren wirtschaftlichen Erfolg und durch eine Erhöhung des Kostendeckungsgrads der Bauordnungsverwaltung und der KFZ-Zulassung erzielt werden. Vorstellbar sei zudem sei die Erhebung einer kommunalen Waffensteuer zur Deckung des laufenden Aufwands der Kommunen bei der Umsetzung des Waffenrechts.

„Wir wollen mit unseren Vorschlägen eine Debatte anschieben und in den Dialog mit der kommunalen Ebene treten“, sagte Frank Kuschel zum Abschluss des Pressegesprächs.

*Matthias Gärtner*

## Wahlalter

Noch gut vier Wochen besteht die Möglichkeit, im Internet-Diskussionsforum des Thüringer Landtags seine Meinung zum Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Landesregierung zur Herabsetzung des Wahlalters in Thüringen auf 16 Jahre zu äußern. Auf der Internetseite - <https://forum-landtag.thueringen.de/dokument/herabsetzung-des-wahlalters-thueringen-auf-16-jahre> - sind Fragen zu finden, mit denen sich der Innen- und Kommunalausschuss befasst, und dazu der Appell an die Bürgerinnen und Bürger: „Sie können Ihre Meinung zu den Fragen abgeben. Mit Ihren Beiträgen, Ihren Erläuterungen oder Ihrer Kritik können Sie Einfluss auf die Arbeit des Innen- und Kommunalausschusses nehmen.“

## Kindeswohl

Im Jahr 2014 wurden den Thüringer Jugendämtern in 3.296 Fällen gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bekannt. Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, war das im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 142 Gefährdungseinschätzungen. Darunter wurden bei 1.621 Mädchen (49,2 Prozent) Gefährdungseinschätzungen des Kindeswohls durchgeführt. Durch die Fachkräfte wurden 429 akute (13 Prozent) und 502 latente Kindeswohlgefährdungen (15,2 Prozent) festgestellt. In 2.365 Fällen (71,8 Prozent) kamen sie zu dem Ergebnis, dass keine Kindeswohlgefährdung vorlag. Jedoch bestand in zwei Dritteln dieser Fälle (1.539 Verfahren) Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarf.

## Flüchtlinge

Die Volkssolidarität will sich um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Thüringen kümmern. Wie dpa meldete, prüfe die Organisation, welchen konkreten Bedarf es bei deren Unterbringung, Versorgung und Integration geben werde, so der Landesgeschäftsführer der Volkssolidarität, Matthias Wilfroth.

Die Landesregierung rechnet verstärkt mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. 2016 wird nach Angaben des Bildungsministeriums mit etwa 500 minderjährigen Flüchtlingen gerechnet, die ohne Eltern kommen. Das wird die Behörden im Freistaat nach Ansicht von Thüringens Migrationsbeauftragter Mirjam Kruppa vor ganz neue Herausforderungen stellen.

## VON A BIS Z:

### Petitionen

Jeder hat das Recht, sich zu wehren, wenn er sich von einer staatlichen Stelle benachteiligt oder ungerecht behandelt fühlt. Das Recht, sich in einem solchen Fall mit einer Bitte oder Beschwerde (Petition) an die Volksvertretung zu wenden, ist in der Landesverfassung verankert. So ist sichergestellt, dass die Sorgen und Nöte der Bürger bei ihrer Volksvertretung Gehör finden. Das Einreichen von Petitionen eröffnet zudem die Möglichkeit, unmittelbare Anstöße zur politischen Willensbildung zu geben. Anregungen in Form von Petitionen können helfen, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Sie werden in der Regel schriftlich eingereicht. Wichtig ist, dass die Petition eine konkrete Sachbitte enthält. Außerdem muss sie eigenhändig unterschrieben sein und sowohl den Namen als auch die Adresse des Einsenders enthalten. Wer sein Anliegen persönlich vortragen möchte, kann dafür die Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses nutzen oder einen Gesprächstermin mit der Landtagsverwaltung vereinbaren.

Schriftliche Petitionen können auch elektronisch eingereicht werden. Dazu steht das Petitionsportal unter [www.petitionen-landtag.thueringen.de](http://www.petitionen-landtag.thueringen.de) zur Verfügung.

Thüringer Landtag  
Petitionsausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt  
Tel.: 0361 37 72076  
Fax: 0361 37 71050

[Petitionsausschuss@Landtag.Thueringen.de](mailto:Petitionsausschuss@Landtag.Thueringen.de)

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Gegenwärtig befindet sich der Thüringer Landtag in der parlamentarischen Sommerpause. Natürlich geht die Arbeit in der Linksfraktion weiter.

Bis zum Jahresende sind noch folgende Plenarsitzungstermine, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 30. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## KURZ UND PRÄGNANT

### Rhetorik der 90er Jahre

Die Schwierigkeiten der Kommunen, mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen zurechtzukommen, seien auch der verfehlten Politik der vergangenen Jahre geschuldet, in denen die Frage, wie die Flüchtlinge in Thüringen gut und menschenwürdig untergebracht werden, nicht erstrangig gewesen sei, gab Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, zu bedenken.

„Es wurde eben nicht dafür gesorgt, dass Plätze vorgehalten werden oder die Kommunen gewappnet sind, Flüchtlinge vorrangig in Wohnungen unterzubringen. Im Gegenteil wurde Kommunen, die das selbständig und gegen die restriktive Flüchtlingspolitik des CDU-geführten Innenministeriums entschieden, lange Jahre das Leben sogar erschwert. Und zwar, ohne dass die kommunalen Spitzenverbände dagegen opponiert hätten.“ Sabine Berninger plädierte dafür, lieber gemeinsam nach Lösungen zu suchen, als zu polemisieren und die Verantwortung von sich weg und auf ‚die da oben‘ zu schieben. „Wer derzeit, wenn auch mit anderem Vokabular, an die Rhetorik der 90er Jahre anknüpft, der macht sich mitschuldig an Ängsten, sich verfestigenden Ressentiments und auch an Übergriffen und Gewalt gegen Unterkünfte oder gar Menschen.“ ■

# Hilfe und Unterstützung im Erfurter Frauenhaus

**Vor Ort informiert: Ministerpräsident Bodo Ramelow und Abgeordnete Karola Stange**

**Kürzlich besuchte Ministerpräsident Bodo Ramelow in Begleitung von Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik der Linksfraktion, für ein Gespräch mit den dortigen Mitarbeiterinnen des Frauenhaus Erfurt der Evangelischen Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt GmbH.**

Das Frauenhaus Erfurt ist für die Stadt Erfurt und die Landkreise Ilm-Kreis und Sömmerda zuständig (zu erreichen unter der Rufnummer 0361/7462145). Bodo Ramelow hatte schon Anfang des Jahres das Restaurant des Herzens der Stadtmission Erfurt besucht und war mit einer Besuchergruppe obdachloser Männer des Hauses Zuflucht zu einem Gespräch in der Linksfraktion im Landtag zu Gast.

Der aktuelle Besuch im Frauenhaus reihte sich ein in die Tour zu sozialen Vereinen und Verbänden, um sich aktuell über den Stand der Arbeit zu informieren. Das Angebot des Frauenhauses richtet sich an Frauen und deren Kinder, die von physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt durch Ehepartner, manchmal auch Ehepartnerinnen, Partner oder Familien betroffen sind. Dazu zählen auch Zwangsheirat und jede Verletzung von körperli-

cher und seelischer Unversehrtheit.

Den Frauen wird, unabhängig von Herkunft und Konfession, Aufnahme und Hilfe angeboten und es wird auch bei schwieriger aufenthaltsrechtlicher und finanzieller Situation im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten Unterstützung geleistet.

Die Geschäftsführung der Evangelische Stadtmission Erfurt und die Mit-

vorübergehende Möglichkeit der Unterbringung der Kinder in einer Erfurter Kindertagesstätte gibt.

Positiv zu berichten hatten die Mitarbeiterinnen von der guten Zusammenarbeit des Netzwerkes häusliche Gewalt und der Polizei sowie von der Solidarität und der Unterstützung der Frauen untereinander. Themen waren auch eine mögliche Gebietsreform, die

Haushaltssituation Thüringens und die direkte Auswirkung auf die Arbeit im Frauenhaus, auch mit Blick auf einen möglichen deutlichen Anstieg von Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die Hilfe im Frauenhaus suchen.

„Es wurde in diesem Gespräch erneut deutlich, wie wichtig und sinnvoll die alte Forderung der LINKEN nach einer Regelfinanzierung der Aufgaben ist“, bekräftigte Karola Stange. Die rot-rot-

grüne Landesregierung spricht sich im Koalitionsvertrag für eine verlässliche Finanzierung der Hilfsstruktur aus, damit auch zukünftig Frauenhäuser, Frauenzentren und Interventionsstellen, planungssicher und in stetig guter Qualität ihre Arbeit leisten können.

Simone Nordheim ■



arbeiterinnen des Frauenhauses berichteten über aktuelle Projekte, Auslastungszahlen und Verweildauer sowie die Problematik häuslicher Gewalt im Allgemeinen. Ein besonderes Problem für die Frauen, die mit kleinen Kindern aus einem anderen Landkreis kommen, ist, dass es keine sofortige bzw.

## Antwort auf Kleine Anfrage: Sanktionen für Hartz-IV-Bezieher in Thüringen rückläufig

**Aus der Antwort der Thüringer Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKE-Abgeordneten Ina Leukefeld geht hervor, dass die ausgesprochenen Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger in Thüringen in den letzten zwei Jahren rückläufig waren. „Das ist gut so, aber es sind mit mehr als 400 Betroffenen immer noch zu viele“, sagte die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion.**

Das Thema Sanktionen ist nach der Entscheidung des Gothaer Sozialgerichts vom Frühjahr aktueller denn je, denn dort wurde die Unvereinbarkeit von SGB-II-Sanktionen mit dem Grundgesetz festgestellt und das laufende Verfahren dem Bundesverfassungsgericht (BVG) zur abschließenden Entscheidung vorgelegt. „Ich bin auf die Entscheidung des BVG gespannt, denn ich teile die Auffassung der Gothaer Richter, dass in der Regelung des § 31a und b SGB II eine Verletzung der Menschenwürde und des Grundrechts auf Berufsfreiheit vorliegt. Um die Lage in Thüringen genauer zu kennen, hatte ich die Kleine Anfrage zum Thema Sanktionen bei erwerbsfähigen Hilfebeziehern in der Grundsicherung für Arbeitslose in Thüringen gestellt“, begründete die Abgeordnete.

Aus der Antwort des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie geht hervor, dass im Jahr 2013 insgesamt 35.819 und in 2014 insgesamt 32.243 Sanktionen in den Thüringer Jobcentern neu erhoben wurden.

### Hohe Sanktionsquoten in Erfurt, Gera und Gotha

Dabei lagen die Städte Erfurt, Gera, Gotha und die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Ilm-Kreis und Unstrut-Hainich-Kreis mit besonders hohen Sanktionsquoten vorn. Nur in vier Kreisen ist die Anzahl der ausgesprochenen Sanktionen in 2014 im Vergleich zu 2013 leicht angestiegen.

Damit liegt die Sanktionsquote (Verhältnis der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu den mit mindestens einer gültigen Sanktion) bei 3,3 Prozent bzw. 3,2 Prozent in den Jahren 2013 bzw. 2014. In der bundesweiten Statistik vom März liegt Thüringen mit 2,87 Prozent deutlich besser als Sachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hamburg.

Aufschlussreich ist die Tatsache, dass die Sanktionsquote bei Jugendlichen in Thüringen über 5,5 Prozent liegt und bei Männern deutlich höher ist als bei Frauen. Als Sanktionsgründe

liegen Meldeversäumnisse mit jeweils über 20.000 Fällen deutlich an der Spitze, gefolgt von der Weigerung der Aufnahme bzw. Fortsetzung einer Arbeit und der Weigerung zur Erfüllung von Pflichten nach der Eingliederungsvereinbarung.

Eine Aussage, in welcher Höhe dadurch Gelder nicht ausgezahlt wurden und so den Hartz-IV-Empfängern vorenthalten wurden, konnte die Landesregierung nicht treffen. Gegen verhängte Sanktionen wurden in 2013 in Thüringen 377 Widersprüche und 456 Klagen sowie in 2014 277 Widersprüche und 468 Klagen von Betroffenen geführt, die oft erfolgreich waren.

### Den Betroffenen echte Arbeitsangebote unterbreiten

„Die LINKE hält Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nicht für zielführend und tritt seit langem für eine Abschaffung der Sanktionen ein. Vielmehr kommt es darauf an, den Betroffenen echte Arbeitsangebote zu unterbreiten, die Anzahl der Aufstocker durch gut bezahlte Arbeit zu senken und die diskriminierende Abwertung und Schuldzuweisung für Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger zu beenden“, fordert Ina Leukefeld und sagte abschließend: „Deshalb

wurde bei der Erarbeitung des Kernprojektes der LINKEN zur Schaffung von Arbeit durch öffentliche Beschäftigungsförderung das Grundprinzip der Freiwilligkeit durchgesetzt, d.h. niemand darf in Thüringen zur Aufnahme einer solchen Tätigkeit gezwungen werden. Deshalb wird es dort auch keine Sanktionen geben.“ Die Kampagne „Das muss drin sein!“ der Partei DIE LINKE hat sich u.a. die Aufklärung über Sanktionen und ihre Abschaffung zum Ziel gesetzt.

### Hartz-IV-Regelsatz beträgt monatlich 399 Euro

Zum Hintergrund für ihre Kleine Anfrage erläuterte Ina Leukefeld:

Anfang Juli war gemeldet worden, dass Langzeitarbeitslosen in Deutschland hohe Summen wegen Sanktionen verloren gehen. 2014 bekamen die Betroffenen im Schnitt 107 Euro im Monat weniger – in der Summe 182 Millionen Euro. In den vergangenen sieben Jahren büßten Hartz-IV-Bezieher insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro ein. Das geht aus einer Antwort der Bundesagentur für Arbeit (BA) an die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (LINKE) hervor. Der Hartz-IV-Regelsatz für Alleinstehende beträgt monatlich 399 Euro. ■



## DAS THEMA

# Auf Tour an den Hochschulen

In den vergangenen Monaten hatte Christian Schaft in seiner Funktion als wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag das Gespräch mit Hochschulleitungen und Studierendenvertretungen sowie dem Studierendenwerk und der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek gesucht. Dabei kristallisierten sich mehrere Schlüsselthemen heraus.

Das im Moment wohl drängendste Thema ist die Hochschulfinanzierung. Ein großer Teil soll dabei über die Grundfinanzierung in die Globalhaushalte der Hochschulen kommen. Geld also, das sie so einsetzen können, wie sie es konkret benötigen zur Grundfinanzierung. Lediglich 15 Prozent werden über Indikatoren vergeben, die hochschulspezifisch festgelegt werden, zum Beispiel anhand von Kriterien, wie Grad der Gleichstellung oder Studienqualität.

Bei der Ausarbeitung sollen nicht nur Hochschulleitungen und Hochschulräte, sondern auch die akademische und studentische Selbstverwaltung beteiligt werden. Denn, auch das ist klar, die Demokratisierung der Hochschulen ist der LINKEN ebenso wie den Statusgruppen an den Hochschulen besonders wichtig.

## Wie soll die demokratische Hochschule aussehen?

Es zeigt sich, dass sich die Entscheidungskompetenzen bei den Hochschulräten und -leitungen konzentrieren. Bis in der Thüringer Hochschulgesetznovelle 2016/2017 diese „Machtfrage“ neu beantwortet wird, sollen ab diesem Herbst Dialogforen mit allen Angehörigen der Hochschulen stattfinden, um herauszuarbeiten, wie die demokratische Hochschule aussehen soll.

Die Einbindung aller ist umso wichtiger, weil die Einschätzungen aus der Hochschulentwicklungsplanung stark zwischen den verschiedenen Hochschulen und auch zwischen den Studierendenvertretungen sowie Hochschulleitungen variieren.

Die Studierendenvertretungen, das wurde in den Gesprächen deutlich, erwarten einen Wandel in der politischen Kultur an den Hochschulen, hin zu mehr Transparenz und Mitbestimmung. Eine Forderung, der sich Christian Schaft nur anschließen kann. Auch einige Hochschulleitungen haben bereits angekündigt, die verschiedenen Statusgruppen der Hochschulen besser einbinden zu wollen.

Das einzige, was weitgehend unstrittig ist, ist die Umwandlung der Berufshochschule – vorausgesetzt, sie bringt keine finanziellen Belastungen für die anderen Hochschulen mit sich. Zentralisierungsüberlegungen, beispielsweise bei den Bibliotheken, hingegen bleiben umstritten: Oft heißt es, dass die

## MdL Christian Schaft: Viel Arbeit und gute Aussichten

Strukturen dadurch effizienter würden, einen Beweis dafür gibt es bisher aber nicht. Dazu meint Christian Schaft: „Aus Sicht der LINKEN muss daher eine ausgewogene und sachdienliche Abwägung stattfinden, um die aktuelle Angebotsstruktur für die verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer fortzuentwickeln. Und die Zentralisierung von Strukturen und Angeboten darf nicht allein finanziellen Gesichtspunkten unterliegen.“

Einen Teil dieser Abwägung wird womöglich das Gutachten des Hochschul-Informations-Service zu den Hoch-

schulen fünf Millionen Euro pro Jahr gesetzlich festgesetzt, was durch die Betriebskostensteigerungen dazu führte, dass Leistungen abgebaut und die finanzielle Belastung der Studierenden durch den Semesterbeitrag angestiegen ist.

## Für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten

Es ist daher nicht nur aus Sicht der LINKEN dringend erforderlich, die Zuweisungen an das Studierendenwerk an die realen Bedarfe anzupassen, denn auch im Bereich der Wohnheime,



schulbibliotheken darstellen, welches vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWdG) in Auftrag gegeben wurde und im Herbst vorliegen soll. Aber auch im Hochschulbau wird sich in den nächsten Jahren einiges tun müssen. Zwar hat das Ministerium in Aussicht gestellt, dass ein stattlicher Anteil der Mittel aus dem Hochschulpaket 2020 in den Hochschulbau fließt, aber die aufgestauten Mängel aus den vergangenen Legislaturen sind so groß, dass dennoch Prioritäten gesetzt werden müssen.

## Bund muss Verantwortung im Hochschulbau wahrnehmen

Die LINKEN empfiehlt, sich dabei vor allem auf die Verbesserung der räumlichen Rahmenbedingungen und Studienqualität an den Thüringer Hochschulstandorten zu konzentrieren. Auch sollen die Hochschulgebäude barrierefrei werden. Gerade diese Forderung wurde von den Studierendenvertretungen immer wieder deutlich formuliert. All das wird aber ohne die Beteiligung des Bundes nicht möglich sein. Deshalb muss Thüringen darauf pochen, dass der Bund endlich seine Verantwortung im Hochschulbau wahrnimmt.

In den kommenden Jahren wird auch das Studierendenwerk mit der Aufmerksamkeit bedacht, die ihm zusteht. Bisher war der staatliche Zuschuss auf

Mensen und Cafeterien hat sich ein hoher Investitionsstau gebildet. Auch Dr. Ralf Schmidt-Röh, Geschäftsführer des Studierendenwerkes, hat auf diesen Umstand in den Gesprächen sehr deutlich hingewiesen.

Christian Schaft merkt daher positiv an: „Mit dem Sonderinvestitionsprogramm aus Mitteln des Landes und des Hochschulpaktes werden die ersten Schritte zur Verbesserung der Situation gegangen.“

Während der Hochschultour wurde aber auch festgestellt, dass es nicht nur Bedarfe und kritische Situationen gibt. Bei einem Teil der Thüringer Hochschulen finden sich bereits jetzt Selbstverpflichtungen zur Schaffung guter Beschäftigungsbedingungen oder werden gerade erarbeitet.

Das ist ein guter erster Schritt, aber es ist und bleibt der LINKEN weiter wichtig, einen einheitlichen Standard für Gute Arbeit an den Hochschulen zu entwickeln, der sowohl die Fragen der Befristungen im Mittelbau, der prekären Situation von Lehrbeauftragten, sowie die oftmals schwierige Situation studentischer Beschäftigter aufgreift und Verbesserungen schafft.

„Hier stehen wir klar an der Seite der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, um uns im Sinne des Herrschinger Kodex für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten einzusetzen“, macht der LINKEN Hochschulpolitiker abschließend deutlich.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kulturagenten für kreative Schulen

Noch bis zum 17. August ist im Hochhaus des Thüringer Landtags, im „Kunstturm“ vom Foyer bis in die 8. Etage, die Fotoausstellung „Vier Jahre Kulturagentenprogramm in Thüringen“ zu sehen. Sie verschafft ein eindrucksvolles Bild von den insgesamt 30 Projekten an zehn Thüringer Schulen – künstlerische Ergebnisse ebenso wie Momentaufnahmen aus Arbeitsphasen und Präsentationen. Das Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen“ läuft von 2011 bis 2015 in Thüringen sowie den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. In Thüringen nehmen 30 Schulen an dem Modellprogramm teil. Ziel ist es, nachhaltige Strukturen für kulturelle Bildung zu entwickeln sowie langfristige Kooperationen mit Kultureinrichtungen und Künstlern aufzubauen.

Die Ausstellung kann werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr im Thüringer Landtag besichtigt werden.

Im Netz: [www.kulturagentenprogramm.de](http://www.kulturagentenprogramm.de)

### Kommunen konnten Schulden senken

Nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik lag der Schuldenstand der Thüringer Gemeinden Ende 2014 bei einer Höhe von 2.108,9 Millionen Euro (Pro-Kopf-Verschuldung von 978 Euro je Einwohner). Gegenüber dem Vorjahr sanken die Schulden um 129,1 Millionen Euro bzw. 5,8 Prozent. Von den 2.108,9 Millionen Euro entfielen 479,8 Millionen Euro auf die Landratsämter (298 Euro je Einwohner), 482,7 Millionen Euro auf die kreisfreien Städte (881 Euro je Einwohner), 1.124,4 Millionen Euro auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden (699 Euro je Einwohner) und 22 Millionen Euro auf die Verwaltungsgemeinschaften (48 Euro je Einwohner).

Der Schuldenabbau ist vor allem bei den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu verzeichnen. Die kreisfreien Städte haben ihre Schulden um 31,2 Millionen Euro reduziert, 6,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Um 70,4 Millionen Euro bzw. 5,9 Prozent haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ihre Schulden gesenkt. Die Landkreisverwaltungen bauten ihre Schulden um 24,1 Millionen bzw. 4,8 Prozent ab.

Der Schuldenstand des Landes verringerte sich 2014 um 174,9 Millionen Euro auf 15.699,3 Millionen Euro.

# Papierlose Verwaltung nachhaltig und effizient

**MdL Katharina König: Mehr Servicequalität von Behörden gegenüber den Bürgern**

**Die Möglichkeit zur digitalen Abwicklung von Verwaltungsaufgaben (eGovernment) ist ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Servicequalität von Behörden gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich entstehen innerbehördliche Effizienzgewinne. Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sieht in Thüringen große Entwicklungsnotwendigkeiten: „Während in der ganzen Welt an modernen Lösungen des eGovernments und von papierlosen Verwaltungsabläufen gefeilt wird, verharrt ein Großteil der Thüringer Landesverwaltung noch im Papierzeitalter. Ich sehe hier großen Handlungsbedarf.“**

Als Beispiel könne etwa der Thüringer Landtag dienen: Mit dem Abgeordneten-Informationssystem (AIS) verfüge dieser für die Mitglieder des Thüringer Landtags sowie die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ein digitales Serviceportal, welches sämtliche Dokumente des Parlamentsbetriebs zur Verfügung stellt.

Trotzdem werde noch immer seitens der Verwaltung jeder parlamentarische Vorgang in Papierform an alle Abgeordneten übermittelt. Aus Katharina Königs Sicht wäre der Thüringer Landtag ein guter Startpunkt für den Einstieg in eine weitgehend papierlose Verwaltung - und damit auch zu einem

gesenkten Ressourcenverbrauch und verringerten Kosten.

„Alle Abgeordneten können es bestätigen: Gerade nach Wahlkreiswochen oder auch der Sommerpause erstickten wir in Unmengen an Papier, wovon ein großer Teil - etwa beantwortete Anfragen zu lokalen Problemen außerhalb des eigenen Wahlkreises - mehr oder weniger direkt in der Papiertonne landet. Das ist unnötiger Aufwand: Das AIS bündelt schon heute alle Informa-



tionen für uns Abgeordnete und wir können gemäß unserer thematischen und regionalen Schwerpunkte die notwendigen Informationen herausziehen. Im digitalen Zeitalter ist das Ausdrucken oder Kopieren jedes Antrags und jeder Vorlage schlicht und einfach Papierverschwendung“, kritisierte die Netzpolitikerin.

Die papierlose Verwaltung müsse

nach und nach dann auch auf die anderen Bereiche der Landesverwaltung übertragen werden:

„eGovernment bietet hohe Chancen für Transparenz und Effizienz. Ich sehe etwa die papierlose Verwaltung als wichtige Vorbedingung für ein zukünftiges OpenGovernment, wie es die rot-rot-grüne Koalition mit dem vereinbarten Transparenzgesetz anstrebt. Nahtlos können dann die Dokumente, die auch für die Öffentlichkeit bestimmt

sind, an die jeweiligen Stellen weitergereicht werden. Zugleich muss bei sensiblen Daten die Datensicherheit gewährleistet sein. Hier kann und muss Thüringen in den nächsten Jahren große Schritte nach vorn machen“, so Katharina König, die auf entsprechende Vorhaben im Koalitionsvertrag verwies.

## Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“ in Thüringen aktiv (Forts. von Seite 5)

Bei mehreren Brandanschlägen gegen Flüchtlingsunterkünfte gibt es Bezüge zu der Partei. Im bayrischen Ingolstadt ermittelt deswegen die Staatsanwaltschaft. Auch in Thüringen ist die Partei „Der Dritte Weg“ seit anderthalb Jahren aktiv, verstärkte ihre Aktivitäten in den letzten Monaten und macht gegen Flüchtlinge mobil.

Anfang Mai mobilisierte sie mehrere Hundert Neonazis zu einer Demonstration. „Wir haben beim Aufmarsch vom 'Dritten Weg' am 1. Mai in Saalfeld gesehen, dass es diesen Neonazis nicht um ein Biedermann-Image geht, sondern um pure Aggression, möglichst radikale Hetze, NS-Bezüge und gewalttätiges Auftreten“, sagte die Abgeordnete der Linksfraktion Katharina König, die auf mehrere Attacken der Neonazis auf Gegendemonstranten, Journalisten und Polizisten verweist. Einige, die von den Anhängern der Partei attackiert wurden, leiden noch heute an den Folgen der Verletzungen.

Anhänger vom „Dritten Weg“ nahmen in den letzten Monaten auch an Demonstrationen gegen Flüchtlinge bzw. Asylunterkünfte in Thüringen teil. Ende Mai wurde zudem ein eigener Stützpunkt der Partei in Thüringen ge-

gründet, der in den letzten Wochen vermehrt Flyer im Umland von Jena und jüngst auch in Rudolstadt verteilte. In den dort in Umlauf gebrachten Pamphleten mit fremdenfeindlichen Ressentiments werden geflüchtete Menschen als „Kultur- und Blutsfremde“ diffamiert. Auch das Programm der Partei ist an das 25-Punkte-Programm der NSDAP angelehnt.

„Während andere rechtspopulistische und extrem rechte Parteien sich zumindest den Anschein bürgerlicher Seriosität geben, versucht der 'Dritte Weg', durch sein radikales und unverblühtes Auftreten auch in der Neonazi-Szene zu punkten, um Kameradschaften, so genannte 'Freie Netze' und enttäuschte NPD-Anhänger zu rekrutieren“, so Katharina König.

Die relativ junge Geschichte der Kleinstpartei mache zudem die Schwierigkeiten bei Verbotverfahren deutlich. „Der 'Dritte Weg' ist im Grunde eine Ersatzorganisation einer 2014 verbotenen Gruppe, die aber de facto ihre menschenverachtenden Aktivitäten ungehindert fortsetzen kann“, so die Abgeordnete mit Blick auf die bereits verbotenen Vereinigungen „Freies Netz Süd“ und „Fränkische Aktions-

front“. „Gerade bei den Gewalttaten ist repressiver Druck unerlässlich. Wenn neonazistische Gruppen und bürgerliche Fremdenfeinde jedoch gegen Unterkünfte von Asylsuchenden mobil machen, braucht es Politiker und eine Gesellschaft, die sich schützend vor die Geflüchteten stellen und Solidarität zeigen“, betonte die Landespolitikerin der LINKEN abschließend.

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Vorsicht: Sommerloch

Auf eines kann man sich in der journalistischen Saure-Gurken-Zeit, dem Sommerloch, verlassen (neben grassierender Nachrichtenarmut): jedes Jahr wieder tauchen die gleichen Themen auf, wie das berühmte-berühmte Ungeheuer von Loch Ness - man hört sonst nichts von ihnen, aber im Sommer kommt es ganz dick!

Da wäre zum Beispiel die „Cyberkriminalität“. Jeden Sommer kann man lesen, wie viele Unternehmen in Thüringen im Vorjahr „Opfer von Cyberangriffen“ geworden sind (2014: 2.267). Als Quelle wird die IHK Erfurt genannt. Ich vermute, die haben dort jemanden, der erstens jede Bratwurstbude zählt, bei deren Besitzer irgendwann der Computer abgestürzt ist, und der zweitens immer im Winter Urlaub macht.

Oder „Hitlers Wunderwaffen in Thüringen“ (bevorzugt: Atombomben): Journalisten (diesmal Frank Schauka für die Thüringer Allgemeine) finden stets im Sommer jemanden, der irgendeine hanebüchene Geschichte erzählt, die sie dann brav verbreiten. Und der Gewährsmann wiederum kennt jemanden, der von irgendwem gehört hat... Nachprüfbar ist das aber - leider, leider - nie. So auch diesmal, denn: die Beweise liegen in Geheimarchiven. Ein Mist aber auch! Immerhin hat Schaukas Geschichte doch Neuigkeitswert: es waren nämlich zwei Atombomben, die Nazis in Thüringen „zur Explosion gebracht haben“. Das ist so - ich möchte daran erinnern -, als ob im Loch Ness zwei Ungeheuer auftauchen. Gleichzeitig.

Björn Höcke von der AfD allerdings wird wohl nur in diesem Sommerloch zum Thema werden (Die Zeit: „Thüringer Fürstchen“). Seine Partei wird wohl nicht lange genug interessant sein, um jährliche mediale Auferstehungen zu feiern: Wie schreibt die „Zeit“ über Höckes Haufen: „desolat organisiert, zerstritten, inhaltlich abstrus“.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.